

tert an Festlichkeiten, an denen sogar Ministerpräsident Buzat teilnimmt, als Nationalhelden gefeiert!

Bisher wurden über 5000 Leute getötet, 15000 Leute, größtenteils Sozialdemokraten, sind verhaftet, und das Standgericht arbeitet fleißig. Bisher wurden 25 Todesurteile gefällt und alle vollzogen, darunter das Urteil gegen den Kommunisten Otto Kornin, einen Mann mit idealer Gestaltung, fern von jedem Verbrechen. Er wurde ohne Beweise und ohne Grund zum Tode durch den Strang verurteilt und gehängt, nur weil er ein Kommunist war.

Alle Führer und Vertrauensleute der Arbeiterbewegung sind entweder getötet oder verhaftet, ein kleiner Teil ist nach dem Auslande geflüchtet. Wer sich offen als Sozialdemokrat bekennt, wird verhaftet oder im besten Falle ins Internierungslager nach Hafmässer jana Familie abgeschoben; seine Wohnung wird requirierte. Bisher sind 4000 Familien in diesem Paradiese unehrenhaft interniert.

Der Blutrausch der Henker wird täglich wütender. Und die Ursache dieser Schreckensherrschaft? Das Proletariat hat die tausendjährige Macht der Besitzenden auf vier Monate übernommen. In vier Monaten der Proletarierherrschaft haben schlichte Arbeiter die Leitung der Staatsmacht, die Kämmer übernommen. In begug auf Terror und Unterdrückung war die Diktatur des Proletariats ein wahrer Dilettantismus gegen die tausendjährige Diktatur, den Terror und die Unterdrückung der ungarischen Feudalisten. Vier Monate Diktatur des Proletariats, vier Monate Bürgerkrieg, in dem bewaffnete konterrevolutionäre Banden gegen die Arbeitertruppen kämpften, hat bei neun Millionen Menschen 204 Menschenleben gekostet. An einem Ruhetag im Weltkrieg hat die ungarische Armee mehr Menschenleben verloren, als die ganze proletarische Revolution in Ungarn an Blutopfern gekostet hat.

Und für diese 204 Opfer der Revolution wird die revolutionäre Masse als eine Mörderbande verurteilt, und Schreckensherrschaft und mörderische Bluttaten werden als gerechte Sühne hingestellt. Die Massenmörder des Weltkriegs werden dagegen als nationale Helden gefeiert.

Und das Schändlichste an diesen Bluttaten ist, daß in der Henkerregierung auch sogenannte Sozialdemokraten vertreten sind. Die Entente forderte nämlich die Bildung einer Konzentrationsregierung, in der alle Volksklassen vertreten sind, und hatte erhöht, nur mit einer Konzentrationsregierung Frieden zu schließen. Als Grundlage zur Bildung dieser Regierung wurden Presse- und Versammlungsfreiheit, freie Meinungsäußerung und freie Wahlen zur Nationalversammlung festgelegt. Ohne Teilnahme der Sozialdemokraten wollte die Entente die Regierung zur Friedenskonferenz nicht zulassen.

Die Partei hatte also die Macht, das Zustandekommen der Henkerregierung zu verhindern. Ein wenig Rücksicht, ein bisschen revolutionärer Geist hätten die Situation gerettet, hätten dem Proletariat die blutigen Verfolgungen erspart. Die Opportunisten wollten aber in erster Linie die eigene Haut retten. Die Massen waren selbstredend gegen jede Beteiligung an der Scheintotalition, konnten aber ihren Willen nicht kundgeben und noch weniger durchsetzen. Einzelne Gewerkschaftsführer, die auch Funktionäre der Räteregierung waren, und daher Furcht vor Verfolgungen hatten, haben sich ohne Widerstand, ohne Befragung der Massen bereit erklärt, die Regierung durch Sozialdemokraten zu verstärken und dem weißen Terror den Schein der Legalität zu erteilen.

Die Massen wurden dabei einfach terrorisiert. Kritiker und Gegner der Konzentration wurden als Kommunisten verurteilt, d. h. verhaftet oder interniert. Mit diesen "demokratischen Mitteln" wurde Herr Peyer, Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Minister, und Herr Miklits — in der deutschen Partei bekannt durch den Schwatz auf dem letzten Metallarbeiterverbandstag in Stuttgart gegen die proletarische Revolution — wurde Staatssekretär in der Henkerregierung des Herrn Friedrich.

Diese Herren nennen sich noch immer Sozialdemokraten, allerdings ohne sozialistische Sitten und Tugenden. Der Parteiinstitutionen haben sie sich durch den Regierungsterror bemächtigt. Parteigenossen, alten und bewährten Kämpfern des ungarischen Proletariats, die wegen ihrer politischen Überzeugung als Opfer des weißen Terrors fallen, wird im Parteiblatt der Ehrentitel Genosse abgesprochen. In der Blütezeit der Sozialdemokratie war die Verfolgung der Bourgeoisie eine Ehre und Belohnung für Sozialdemokraten. Für die verräter Miklits und Peyer sind die Kämpfer des Proletariats, die Bebel, Liebknecht, Luxemburg, die ungarischen Genossen Weltner und Bokányi und die anderen braven Opfer und Märtyrer des Klassenkampfes, ehrlose Verbrecher, denen Gesängnis und nicht der Ehrentitel Genosse gebührt. Wen die herrschenden Klassen wegen politischer Delikte verfolgen oder in den Kerker werfen, sind keine Parteigenossen — nach der Auffassung der Peyer-Miklits-Sozialisten.

Dieser Aufsatz wird auch im weiteren Rechnung gebracht. Tausende Vertrauensleute und langjährige Führer der Arbeiterbewegung sind eingekerkert, interniert oder verhant. Kein einziger wird von der Partei oder von den Gewerkschaften unterstützt. Schwache Kinder, Kranke, Frauen verhungern, die Partei bleibt undarmherzig, man kommt promittiert sich nicht mit revolutionären Gesellen.

Die Arbeiterschaft ist momentan machtlos. Die Diktatur der Bourgeoisie hat die Arbeiter entwaffnet, der demokratische Weg ist durch den Terror gesperrt, es bleibt nichts andres übrig, als leiden, dulden und rüsten. Rüsten zur Abrechnung mit den Unterdrückern, aber auch mit den Verrätern der Arbeiterklasse!

Der Streik der Eisenbahner.

In Berlin werden mit den Organisationen der Eisenbahner Verhandlungen über den Lohntarif geführt. Nach dem amüsanten Bericht nehmen die Verhandlungen einen günstigen Verlauf. Zwischen laufen weitere Meldungen über die Ausdehnung des Streiks, besonders aus dem Westen, ein. Diese deuten:

Eisen a. d. Ruhe, 9. Jan. Der Streik der Eisenbahner hat sich weiter ausgedehnt. Duisburg nimmt keine Rüge mehr an. Die Züge müssen in Spaldorf umgeleitet werden. In Oberfeld, Auerbach und Reitwitz begann der Streik ebenfalls. In Dortmund-Hauptbahnhof wird der Bericht nur notdürftig aufrechterhalten.

Dortmund, 9. Jan. Die Vorstände der drei Eisenbahnerverbände, Deutscher Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Eisen-

bahner und Allgemeiner Eisenbahnerverband, haben gestern abend beschlossen, heute früh die Streikleitung in die Hand zu nehmen. Bis hier handelt es sich um einen milden Streik. Offiziell ist der Streik noch nicht von den Vorständen der obigen Verbände proklamiert worden. Wenn es sich bestätigt, daß die Eisenbahnerarbeiter einen Stundenlohn von 1.50 Mk. gewährt erhalten, werden die Gewerkschaftsvorstände ihre Mitglieder auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen.

III. Dortmund, 10. Jan. Eine von über 6000 Kreisler Eisenbahner besuchte Versammlung sprach sich für die Fortsetzung des Streiks aus, bis sämtliche gestellten Forderungen bewilligt sind. Diese Forderungen werden in folgenden sieben Punkten zusammengefaßt:

1. Bewilligungen aller Tarifforderungen. 2. Rückgewinnde Kraft der Bezahlungen vom 1. Oktober 1918 an. 3. Der Streik gilt als Protest gegen die beabsichtigten Entlassungen. 4. Bezahlung der Streikschichten. 5. Nachzahlung der ungerecht verstellten Wirtschaftsbeihilfen an alle Betroffenen. 6. Die Arbeit wird nur wieder aufgenommen, wenn alle Streikenden eingestellt werden und 7. Durchführung der Gewerkschaftsreform. Die Forderung der Gewerkschaftsvorstände, die Streikleitung in die Hand zu nehmen, wurde von der Versammlung mit Entschluß zurückgewiesen. Die vier in Frage kommenden Verbände erhalten je einen Vertreterstuhl in der Streikzelle.

Köln, 10. Jan. Nachdem am Donnerstag die Eisenbahner im Direktionsbezirk Köln die Arbeit überall aufgenommen haben, verließen die Arbeiter der Hauptwerkstätte in Nippes gestern die Arbeit und bei einer Anzahl von Dienststellen sind ihnen die Arbeiter gefolgt. Das geschah in dem Augenblick, in dem der Arbeitsschaf bekanntgegeben wurde, daß der Stundenlohn des Handwerkers der höchsten Altersklasse von 2.40 auf 3.50 Mk. erhöht worden ist. Die Beamtenschaft steht der Bewegung fern.

Wie die P. P. R. aus München erfahren, sind die dortigen Eisenbahner mit der Forderung von 100 Proz. Lohnzehrung an die Regierung herangetreten. Zur Zeit schwaben noch Verhandlungen, die richtig und socht verlaufen.

In der

Lohnbewegung der sächsischen Eisenbahner haben bekanntlich am vergangenen Montag mehrstündige Verhandlungen mit der Generalsektion der sächsischen Eisenbahn stattgefunden, die aber ohne greifbares Ergebnis verliehen, weil man sich über die Höhe der Bewilligung nicht einigen konnte. Die weitere Entscheidung liegt nunmehr bei der Regierung, die über die Beauftragung der Mittel in Erwägungen eingetreten ist, in ihren Beschlüssen aber mit Absicht auf den bevorstehenden Übergang der Eisenbahnen auf das Reich von den Berliner Stellen abhängig ist.

Es ist zu berücksichtigen, daß allein eine fünfzigprozentige Lohnzehrung den Staat um 170 Millionen Mark jährlich mehr belasten würde.

Entspannung der Lage.

III. Berlin, 9. Januar. Wie die R. B. B. vom deutschen Eisenbahnerverband hört, hat der Minister für öffentliche Arbeiten eine vorläufige Auszahlung von 1.10 Mk. für alle Handwerker und Arbeiter bewilligt. Dadurch ist eine Entspannung der Lage eingetreten. Anders liegen die Dinge bei dem sozialen Teil der Tariffverhandlungen, bei dem man Schwierigkeiten zu beobachten hat, wenn solchen.

Gebt uns die alte Kaiserherrlichkeit zurück!

Gelegentlich einer Weihnachtsfeier, die die Deutschnationalen in Südtirol stattgefunden haben, hat der Superintendent Jaeger nach dem Reichsabkommen eine "flammende" Ansprache gehalten. Darin hat er u. a. gesagt:

"Doch wir aber national sind, darum sind wir auch monarchisch. Wir erkennen, daß die auseinanderstreitenden Kräfte in der deutschen Volksseele und daß die ungehüteten Grenzen im Osten und Westen unser Landes der Karls Hand bedürfen, sie unsre Kräfte zusammenfaßt. Aber wir sind nicht nur Nationalsozialisten, wie man sie in andern Kreisen auch findet, sondern in und seit auch die althergebrachte Treue, die dem Kaiser folgt in Glück und Leid, in Not und Tod. Darum halten wir seit an unserm Hohenzollernhaus, das durch fünf Jahrhunderte hin in wechselvollen Schicksalen unser Volk zur Höhe emporgeführt. Aber es ist nicht einer unter uns, der auf Gewalttat stimmt, es ist genug geslossen bei Bruderblut. Vie mehr wie die Schmach unsres Volkes jahrhundertlang gezeigt und gefeuert hat vom alten Barbarossa, dem Kaiser Friedrich, bis dem Traum Erfüllung ward und Bismarck mit ihrer Wille und das Reich schuf, so wollen wir diese Schmach hegen in der eigenen Brust und wollen sie unsren Kindern überliefern als heiligste Erbe, bis machtvoll und einmütig der Ruf widerhallt durch die deutschen Gauen: Gott und zurück die alte Kaiserherrlichkeit!"

Die Monarchisten fühlen sich wieder stark. Sie hoffen, daß ihre Zeit bald gelommen sein wird. Die Behauptung, daß sie an keine Gewalttaten denken, ist eine bloße Phrase. Die Deutschnationalen wissen ganz genau, daß der alte Barbarossa nicht in militärisch-schwäbischer Stunde vom Hohenzoller herübersteigt, um einem Hohenzoller im Schlafe die Kaiserkrone aufs Haupt zu drücken und damit über Nacht die Träume der Monarchisten zu verwirklichen. Sie wissen recht gut, daß die Gewalt, vor deren Anwendung sie nie mals zurückgeschreckt ist, bei einer solchen Umwidlung eine große Rolle spielen würde. Es ist durchaus kein Zufall, daß gerade jetzt die Deutschnationalen Hebamme überall im Lande untertreten und daß Volt für die Monarchie zu begeistern suchen. Wenn in diesen Tagen der Frieden ratifiziert wird, müssen verschiedene Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt werden. Dann muß auch die bisher theoretisch viel erörterte Auslieferungsfrage praktisch gelöst werden. Die rechtsdienenden Parteien sehen deshalb Grimm und Hölle in Bewegung, um die Auslieferung der Kriegsverbrecher mit den verächtlichen Hohenzollern an der Spitze zu verhindern. Die Volksseele soll um der angeblich verlegten "nationalen Ehre" willen zum Kochen gebracht werden. Wenn dann die Reaktionen auftreten, auf welche sie hoffen, erachten die Monarchisten ihre Zeit für gekommen. Sie glauben, daß sie dann, gestützt auf die von wachsenden Monarchisten geführte Reichswehr und auf treueleute, verhegte Volkschichten ihr Ziel erreichen können. Deshalb gilt es gerade jetzt für das Proletariat, auf dem Posten zu sein, um den reaktionären Anschlägen begegnen zu können.

Soll der Kaiser ausgelöscht werden?

Berlin, 10. Januar. (Eigene Drahtmeldung der R. B.) In einer vom Bund Neues Vaterland einberufenen Versammlung im Herrenhaus sprachen gestern abend H. v. Gerlach und Eduard Bernstei über das Thema: "Soll der Kaiser ausgelöscht werden?" H. v. Gerlach betonte Deutschlands Verpflichtung, auf Ansuchen der Entente Holland zur Auslieferung Wilhelms zu verauflassen. Besser wäre es allerdings gewesen, die Deutschen hätten selbst längst Gericht über Wilhelm abgehalten. Die politische Wirkung der Auslieferung an die Entente würde zweifellos eine Stärkung der Reaktion in Deutschland sein. Der Entente würde zu empfehlen sein, den Kaiser vor ein vom Volksbund eingezogenes unparteiisches Gericht zu stellen.

Eduard Bernstein charakterisierte vor allem Wilhelms Schuld am Kriege. Er erklärte, Konkurrenz Buch: Wie der Weltkrieg entstand, müsse in allen Schulen eingesetzt werden. Er gab ferner der Befürchtung Ausdruck, auch bei einem neutralen Gerichtshof würden viele Kreise des deutschen Volkes von der Möglichkeit eines Urteils nicht überzeugt sein.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

Durch Unterzeichnung des Friedensvertrages hat die deutsche Regierung dem Gerichtsverfahren über Wilhelm II. zugestimmt. Es ist Pflicht des deutschen Volkes, den Friedensvertrag auszuführen. Deshalb muß jeder Versuch der Verhinderung des Verfahrens gegen den ehemaligen Kaiser als politisches Verbrechen angesehen werden. Im Interesse der allgemeinen Anerkennung des Verfahrens als eines unparteiischen läge es, wenn der über Wilhelm II. urteilende Gerichtshof aus neutralen Richtern zusammengesetzt wäre."

Gerligstellung des Auslieferungsantrages.

Amsterdam, 9. Januar. Stelle Solle melde, daß Sir Gordon Bowes, der sich in Paris befindet, beauftragt ist, daß an die Niederlande zu richtende formelle Erfragen um Auslieferung des Eggers zu prüfen.

Einschränkung der Auslieferungsforderung.

London, 9. Januar. (Havas) Daily Mail stellt mit, in diplomatischen Kreisen verlaut, daß die Liste der schuldig befundenen Deutschen beträchtlich verkleinert werden sei. Von den 1200 Namen, die zuerst auf der Liste standen, seien nur 300 geblieben, darunter der deutsche Kronprinz und Prinz August von Bayern.

Der Parvus-Sklarz-Betrieb und Herr Heilmann.

Harden schreibt unter dem Titel „Gold oder Weltrands“ in der „Zukunft“ vom 8. Januar: „Haushalt erwirkt ein Parteidiktator durch einen Vertrag, der die tückigsten Schreiber in Pflicht bringt. Vertrag für Sozialwissenschaft... Heute soll die Glorie werden, frisch Gesellen, seit zur Hand. Die Herren Gunow, Venisch, Winnig werden ständige Mitarbeiter; als Nebaleute wird Herr Hoenisch aus der Fliegblattzentrale geholt; Herr Grabmann er ist Sektor des Verlags; aus Chemnitz wird Herr Heilmann herbeigeholt (nur später, weil er irgend einen dem Herren Helphand wichtiger gezeigt hat, weggezogen und die Wunde mit sechs Monatslöhnen und zwanzig Tausendmarkscheinen beplastert).“

Der mit den Tausendmarkscheinen der Herren Parvus-Sklarz verächtigte Herr Heilmann ist jetzt der gräßige Nährvater der rechtssocialistischen Presse und der Hauptlieferant aller Verleumdungen, Spuren und polemischen Fliegen gegen die Unabhängige Partei.

Proteststreik der Angestellten gegen das Betriebsrätegesetz.

Die technischen Angestellten des Hohenzollernhauses haben für den Tag der dritten Lesung des Betriebsrätegesetzes einen Proteststreik beschlossen. Da das Betriebsrätegesetz nicht die Mitbestimmung des Angestelltenrates bei fristlosen Entlassungen bringt, sind sie wieder der Willkür der Unternehmer ausgeliefert, denn diese sind in der Lage, sie infolge der schwierigen unternehmerischen Verhältnisse wegen eines jeden Verstosses gegen die bergpolizeilichen Vorrichtungen fristlos zu entlassen. Es handelt sich für sie um die Frage, ob sie die vorrevolutionären, unpolitischen Verhältnisse, unter denen sie auf Gnade und Ungnade den Grubenbesitzer ausgeliefert waren, wiederkehren lassen wollen, oder ob es ihnen gelingt, die Nationalversammlung davon zu überzeugen, daß für sie das Betriebsrätegesetz mit der alleinigen Entscheidungsbefugnis des Unternehmers bei fristlosen Entlassungen unannehmbar ist.

Der Wiederausbau der Internationale.

Genf, 9. Januar. Der Verwaltungsausschuss der sozialistischen Partei Frankreich hat, dem Populaire zufolge, beschlossen, die Parteisekretär Fréssard nach der Schweiz zu schicken zur Verhandlung mit den deutschen Unabhängigen. Wie Longuet im Anschluß daran verkündet, kommt es der französischen Parteileitung darauf an, eine wirkliche Internationale zu begründen, die die revolutionären Elemente aller Länder umfaßt.

Frankreichs 50 Milliardenbudget.

Doch der Ausgang des Weltkrieges in finanzieller Beziehung einen Durchbruch für Frankreich bedeutet, darüber macht Journal de Peuple interessante Feststellungen. „Niemand“, heißt es, „war Frankreich näher am finanziellen Zusammenbruch als jetzt.“ Während der Krieg 1917/18 nur eine verhältnismäßig schwache ökonomische und finanzielle Belastung für das geschlagene Frankreich nach sich zog, ist jetzt eine Erhöhung der Budgets um 1000 Prozent erforderlich geworden. Allein für die ersten drei Monate des neuen Haushaltsjahrs verlangt also 12 Milliarden 700 Millionen, also rund 50 Milliarden im Jahr, denen ein Budget von 5 Milliarden vor dem Krieg gegenübersteht. „Ob Clemenceau geht oder bleibt, wir wissen, daß wir für den Krieg bezahlen müssen. Der entschließliche Piolard kostet uns 5 Milliarden, also einmalige Ausgabe. Der Sieg kostet uns 50 Milliarden jährlich...“ Unsre Regierungen haben diesen ungeheurenden Zeiter beginnen; ihr Krieg war ein Sieger, nicht ein Friede der nationalen Verteidigung. Sie haben es sich mehr angelebt sein lassen, die Bevölkerung zu demütigen, als die Wunden des Landes zu heilen. Alles für den äußeren Frieden und die Eigentümlichkeit, — nichts für die Zukunft und das Leben.“ Die einzige Rettung vor Sämmer und Verelendung sieht Journal de Peuple in der Definition der Grenzen und der Wiederaufnahme des Internationalen Vertrags.

Humanität wendet sich schärf gegen das von der Kreditkommission der Kommission bereit angenommene Projekt Chorilles, abermals eine Schädigung der Transportkosten auf der Eisenbahn, und zwar um 115 Prozent einzutragen zu lassen, die mit den Tarifen der Vorleistung verträglich ist. Stellen sich die Kosten eines Warentransports nach 1917 auf 100 Francs, so würde der Preis auf 187,50 Francs steigen, die er augenblicklich beträgt, ob dann auf 100 Francs emporsteigen. Es bedeutet dies eine ökonomische Revolution.

Selbstverständlich ergibt dies für den Verbraucher aus den erheblichen Transportkosten eine bedeutende Steigerung der Kosten der Lebensmittel. Nur eine gewissenhafte Prüfung der Frage in der Deputiertenkammer könnte die Katastrophe noch abwenden.

Auch dies beweist, daß der Krieg in den meisten beteiligten Ländern, zumal Frankreich, Tscherkessien hinterließ!

Gerichland - Brozeh.

Beginn der Zeugenvernehmung.

Über den Baum und über die politische Entwicklung Gerichlands wurden besonders ehemalige rechtsgesetzliche Soldatenräte und der rechtssocialistische Landrat Adolf Thiele vernommen. Besonders Thiele versuchte, Gerichland als politischen Rechnungssträger einzustellen. Er behauptet, Gerichland habe eine zwiespältige Rolle gespielt. Auch sei er für den Transport der Waffen ins Rathaus und in den Waffenfabrik verantwortlich. Solche Maßnahmen seien nicht nötig gewesen, denn eine Gefahr durch die Neutralität habe nicht bestanden, so behauptet Thiele. — Zeuge Gerichtsassessor Schwart von der Rechtskommission des S. R. G. gab an, daß